

**An die Angehörigen und SympathisantInnen
der Kommunistischen Plattform
der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg**

**Landeskoordinierungsrat der
Kommunistischen Plattform**

Kontakt:

Klaus Curth

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: utahohlfeld@t-online.de

www.dielinke-brandenburg.de

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

10. Informationsblatt der KPF Brandenburg

August 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 10. Informationsblatt meldet sich der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg erneut zu Wort.

Diesmal stellen wir Euch unsere Position zu den ersten Ergebnissen des Göttinger Parteitags vor.

Des Weiteren bitten wir Euch um rege Beteiligung an dem Spendenaufruf zur Unterstützung der Errichtung des geplanten Ernst – Thälmann – Gedenksteins in Ziegenhals.

Wir bitten Euch wie immer, uns nach Erhalt des Info-Blattes Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme mitzuteilen. Eure Ansichten, Fragen und Informationen sind für unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit von großer Wichtigkeit!

Die Sprecher des LKR

Kommunistische Plattform

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

Stellungnahme zu den Ergebnissen des Göttinger Parteitags

In Göttingen ist der große Crash abgewendet worden.

Dieser Parteitag war eine Zäsur für Die Linke. Die Partei hat eine neue Führung gewählt und unter schwierigen äußeren und inneren Bedingungen den Zusammenhalt bewahrt. Die Gründung einer geeinten und gesamtdeutsch agierenden Linken war vor 5 Jahren die Konsequenz aus gemeinsamen Zielen und Kämpfen, aus Erfolgen, aber auch aus den Opfern, Niederlagen und Irrtümern der politischen Linken in den letzten Jahrzehnten. Es war in den letzten Monaten vor allem die Basis unserer Partei, die dieses Erbe bewahrt hat.

Der Parteitag hat gezeigt, dass eine linksorientierte Führung von der Basis gewollt ist. Die Parteibasis hat mit überzeugendem Abstimmungsergebnis verhindert, dass mittels einer vorauseilenden Kandidatur und Unterstützung aus einigen Landesvorständen – wohl gemerkt nicht aus Landesverbänden – die Partei einseitig usurpiert wurde. Wir hoffen, dass der neu gewählte Vorstand sachorientiert arbeitet und sich voll darauf konzentriert, das Erfurter Parteiprogramm Schritt um Schritt umzusetzen.

Die Anfänge dazu sind gemacht und lassen hoffen. Es wird deutlich, dass die neue Parteispitze unter Katja Kipping und Bernd Riexinger neue Aktivitäten beim Zusammenwirken mit der Basis, mit den Landesvorständen und mit der Bundestagsfraktion entwickelt

Katja Kipping und Bernd Riexinger haben in ihrem 120-Tage-Programm angekündigt, sich in der Kunst des Zuhörens zu üben. In die Partei, aber auch über sie hinaus in die Gesellschaft hinein. Sie wollen die Fähigkeit, voneinander zu lernen, mit Leben erfüllen und zum Mitmachen einladen. Im Mittelpunkt stehen dabei die zentralen Fragen der Gegenwart: Frieden und Gerechtigkeit, gute Arbeit, das Ende des Privatisierungswahns und strenge Kontrolle der Banken und Finanzmärkte. Diese Fragen beschäftigen nicht nur Menschen in Deutschland und in Europa, sondern auf der ganzen Welt.

Am den Beginn seiner Sommertour stellte Bernd Riexinger die Beratung mit unserer Landtagsfraktion und mit dem geschäftsführenden Landesvorstand. Dieser Besuch in Potsdam war Ausdruck des Bemühens um ein gemeinsames Gestalten von Politik und eines neuen Politikstils.

Unsere Brandenburger Genossinnen und Genossen haben das Gespräch genutzt, um Bernd Riexinger und mit ihm dem neuen Parteivorstand, wichtige Ergebnisse der Arbeit der Brandenburger LINKEN in Regierungsverantwortung darzustellen.

Dabei ging es nicht allein um einen Rückblick, sondern auch um künftige Aufgaben, die bis zur Bundestagswahl im kommenden Jahr als LINKE vor uns stehen. Gemeinsam wurde darauf orientiert, DIE LINKE stärker und öffentlichkeitswirksamer gegen den Sozialabbau in allen seinen Formen ins Feld zu führen. Zugleich ist überzeugender über die Position der LINKEN gegenüber Fiskalpaket und Bankenrettung mit all ihren negativen Folgen für das Sozialwesen und für die weitere Aufrechterhaltung der Herrschaft der Banken und Finanzmärkte aufzuklären.

Man kann schon jetzt erkennen, dass sich seit dem Parteitag die Öffentlichkeitsarbeit des Brandenburger Landesverbandes intensiviert hat. Die z.B. im ND erfolgten Veröffentlichungen über Kerstin Kaisers sozialpolitisches Engagement, die von Helmuth Markov publizierten finanzpolitischen

Positionen oder die Aktivitäten unseres Justizministers zur Stärkung der Sozialgerichtsbarkeit u.a.m. zeugen davon. Das entspricht auch den Vorstellungen, die von Vertretern der Kommunistischen Plattform Brandenburg in Gesprächen mit der Leitung der Landtagsfraktion vertreten wurden.

Auch auf den weiteren Stationen seiner Sommertour konnte Bernd Riexinger dem Anspruch, mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Parteimitgliedern und Kommunalabgeordneten, ins Gespräch zu kommen, gerecht werden.

Mit einer gemeinsamen Aktion der beiden Parteivorsitzenden in Niedersachsen hat die Sommertour von Bernd Riexinger im August geendet und die Sommertour von Katja Kipping begonnen. Im Rahmen dieser "Staffelstabübergabe" beschäftigen sich beide Vorsitzende mit dem Problem der Niedriglöhne und der prekären Arbeitsverhältnisse.

Auf jeden Fall weist das Ergebnis von Göttingen in eine reale Zukunft für alle linken Bestrebungen, auch wenn sich da noch vieles abklären und sortieren muß. Die Tatsache, dass dieser Prozess innerhalb des kapitalistischen Systems erfolgt und dabei stärkster antikommunistischer Gegenwehr ausgesetzt ist, macht ihn besonders schwierig.

Es geht unseren politischen Gegnern heute nicht mehr nur darum, uns permanentem Anpassungsdruck auszusetzen und uns so möglichst zu "entzaubern". Es geht zunehmend darum,

alle unsere parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten so einzuschränken, dass wir politisch entwaffnet werden. Dies geht einher mit dem ständig zunehmenden Abbau von Demokratie in der gesamten Gesellschaft.

Als Angehörige der Kommunistischen Plattform werden wir in unserer Partei DIE LINKE alles uns Mögliche tun, damit der neugewählte Parteivorstand seine Verantwortung auf der Basis des Erfurter Programms realisieren kann, um damit zur Stabilisierung und zur weiteren Stärkung unseres Kampfbundes beizutragen.

Der Parteitag der Partei DIE LINKE in Göttingen hat nicht nur mit der Neuwahl des Parteivorstandes und der Vorsitzenden wichtige Personalentscheidungen getroffen. Er hat noch weit mehr beschlossen als das, was in der öffentlichen Berichterstattung dominierte.

Das gilt insbesondere für die Beschlüsse

- „Kein neuer Krieg im Nahen Osten - Keine Militärintervention in Syrien - Der Khofi-Annan-Plan darf nicht scheitern“
- „Kein NATO-Raketenschirm in Europa! Für Abrüstung und kollektive Sicherheit“
- "Nein zum Krieg gegen den Iran - Sanktionen beenden!"

(Die genannten Beschlüsse findet man im Netz unter www.die-linke.de/index.php?id=9579)

Bereits auf der Bundeskonferenz der KPF am 28.03.2010 hatte Prof. Dr. Moritz Mebel in seinem Beitrag zum 65. Jahrestag der Befreiung gefordert:

„Eine Partei, die pauschal Militäreinsätze ablehnt, ist für Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene nicht tauglich. Wer über Regierungsbeteiligung nachdenkt, muss über Militäreinsätze nachdenken. Der Kern der friedenspolitischen Position der LINKEN steht da im Wege. Sie kann aber durchaus Einfluss darauf nehmen, ob in einem Land wie Deutschland, das ein politi-

sches Schwergewicht in der internationalen Arena ist, eine Antikriegsstimmung herrscht....Die LINKE ist die Brücke zwischen der Friedensbewegung und parlamentarischem Widerstand gegen den Krieg. Allerdings ist und bleibt sie das nur so lange, wie sie in der Friedensfrage keine Zugeständnisse macht. Wenn sie diese aufgibt, um ein paar Ministerposten in einer Bundesregierung zu erheischen, dann sollte sie auf ihren Namen verzichten. Wer heute friedenspolitische Prinzipien aufgibt, um koalitionsfähig zu werden, ist nicht links, sondern eine opportunistische Ansammlung.“

Mit den o.g. Beschlüssen gaben die Delegierten des Göttinger Parteitag ein eindeutiges Bekenntnis zu den friedenspolitischen Grundsätzen, wie sie der Münsteraner Parteitag der PDS im April 2000 verabschiedet hat und deren Aufweichung auf dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE im März 2007 verhindert werden konnte.

Zu diesen friedenspolitischen Grundsätzen gehört gemäß dem Erfurter Programm auch, dass die Partei um die Sicherung des Friedens durch Ablehnung jeglicher Bundeswehreinsätze im Ausland und Verbot des Exports von Waffen und Rüstungsgütern kämpft.

Diese unverrückbare Position ist und bleibt das Alleinstellungsmerkmal unserer Partei.

Mit der geschlossenen Ablehnung des Europäischen Rettungsschirmes ESM und dem Fiskalpakt im BT durch die Fraktion Die Linke ist ein deutliches Zeichen eines einheitlichen Handelns der Partei nach dem Göttinger PT auf der Grundlage des Parteiprogramms erkennbar bzw. wird praktiziert.

Mit den bedeutungsvollen Reden von Sahra Wagenknecht, der stellvertretenden Partei – und Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke im BT so-

wie mit ihrem ganzseitigen Interview im ND vom 02.08.2012 wurde der Standpunkt der Partei überzeugend begründet.

S.W. kennzeichnete die Ursachen und Verursacher dieser Krise, die im kapitalistischen System begründet sind und entlarvt das Versagen der Politik aller Parteien im BT. Sie zeigt sogleich die Wege zur Überwindung im Interesse der Schwachen dieser Gesellschaft auf.

Durch diese Entscheidungen des BT werden die Weichen zu permanentem Sozialabbau in Europa gestellt, denn der Fiskalpakt ist unkündbar und verpflichtet die Regierungen auf einen harten Sparkurs, der unzweifelhaft soziale Kürzungen und Privatisierungen öffentlichen Eigentums zur Folge haben wird. Gleichzeitig wird mit dem ESM massiv Geld zur Verfügung gestellt, um Banken und Vermögende abzusichern.

In Göttingen wurde der Weg fortgesetzt, der in Erfurt mit dem Programm und der nachfolgenden Mitgliederbefragung beschritten wurde.

Die Versuche, mit Aufweichungsanträgen dem Leitantrag entgegen zu treten, scheiterten. Für die Bagatellisierung der kapitalistischen Ausbeutung, für die Umformulierung der Eigentumsfrage und für Bundeswehreinsätze im Ausland unter bestimmten Bedingungen fand sich keinerlei Mehrheit. Dennoch werden bestimmte Differenzen weiter wirksam bleiben.

Diese Differenzen sind nicht ungewöhnlich in einer Partei, die erst seit fünf Jahren besteht. Ihre Mitgliedschaft setzt sich zusammen aus ehemaligen Angehörigen der PDS, der WASG, aus linken Sozialdemokraten, linken Gewerkschaftern, Jusos, christlichen Sozialisten, linken Grünen und auch vielen neu Hinzugekommenen. Daraus ergibt sich die pluralistische Verfasstheit der Partei. Es ist nicht verwunderlich, dass das Programm solcher Partei Kompromisse enthält.

Dabei bleibt entscheidend, dass sich diese im Programm enthaltenen und in der weiteren Parteiarbeit erforderlichen Kompromisse im Rahmen der grundsätzlichen antikapitalistischen und sozialistischen Grundlinie der Partei bewegen.

DIE LINKE hat nur dann eine Chance, zu einer stärkeren gesellschaftspolitischen Kraft zu werden, wenn niemand in ihr den im Programm festgeschriebenen Konsens aufkündigt.

Ein weiteres Ergebnis des Göttinger Parteitags soll hier nicht unerwähnt bleiben.

Auf dem Programmparteitag in Erfurt waren auch Satzungsfragen angeschnitten worden, ohne infolge von Zeitmangel zu Ende geklärt worden zu sein. So blieben auch zwei Anträge aus dem Kreisverband Vogtland - Plauen unbehandelt, in welchen gefordert wurde, den Zusammenschlüssen der Partei ihre Delegiertenmandate überhaupt zu nehmen, bzw. ihnen nur noch Delegierte mit beratender Stimme zuzubilligen. Es bestand die berechtigte Sorge, dass auf diesem Wege der Existenz der Zusammenschlüsse innerhalb der Partei, also auch der KPF, ein Ende bereitet, zumindest aber ihre schöpferische Mitwirkung stark eingeschränkt werden sollte. In Göttingen konnte das gemeinsam mit anderen Zusammenschlüssen zunächst verhindert werden. Jedoch zeigen die uneingeschränkten Angriffe des fds, insbesondere gegen die KPF, dass die Gefahr der Zurückdrängung des Einflusses der unterschiedlichen Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE nicht gebannt ist.

Hier spielt auch die finanzielle Situation in den einzelnen Zusammenschlüssen, über die wir Euch informiert haben, eine wesentliche Rolle.

Wir nutzen daher die Gelegenheit, Euch nochmals zu bitten, durch Erhöhung des Spendenaufkommens für die „Mitteilungen“ der KPF die Bedingungen für unsere wechselseitige Kommunikation und Information zu erhalten.

Es lohnt sich zu kämpfen. Ein Politikwechsel für Frieden und Demokratie, für gute Arbeit und gerechte Löhne, für soziale Sicherheit und gegen Kinder – sowie Altersarmut hängt in hohem Maße von der Existenz einer starken und handlungsfähigen Linken ab.

Diese Linke und ihre Handlungsfähigkeit werden umso stärker sein, je besser es den Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei gelingt, eindeutig marxistische Positionen wirksam zu machen.

Kommunistische Plattform

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

Gegen das Vergessen

Nach dem Abriss der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals im Mai 2010 hatte es lange Auseinandersetzungen um die Art und Weise der Ehrung gegeben. Eine Einigung zu der Inschrift kam schließlich am 27. Juni zustande. Da fand auf Einladung des Kreisvorstandes der Partei Die Linke Königs Wusterhausen ein Treffen statt, an dem unter anderem Max Renkl vom Freundeskreis Ziegenhals, Karl Marschal von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), Nina Hager und Heinz Karl von der DKP und Hans-Peter Schömmel vom Netzwerk Europäische Linke teilnahmen.

Auf diesem Treffen hat das Aktionsbündnis Thälmannedenkmal Einigkeit über die Inschrift für den geplanten Gedenkstein in Ziegenhals erzielt.

»7. Februar 1933. Illegale Tagung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Sporthaus Ziegenhals unter der Leitung ihres Vorsitzenden Ernst Thälmann. Beginn des organisierten Widerstandes gegen die Herrschaft des Faschismus«

soll darauf stehen.

Am 10. Februar 2013 soll der Gedenkstein gegenüber dem ehemaligen Sporthaus Ziegenhals bei Königs Wusterhausen eingeweiht werden.

Zur Finanzierung der Errichtung des Mahnmals sollen 10000 Euro an Spenden gesammelt werden

Für dieses Vorhaben brauchen wir Unterstützung: Kämpft mit gegen das Vergessen, für die Verteidigung unseres antifaschistischen Erbes.

Wir rufen hiermit, zusammen mit den beteiligten Parteien und Organisationen im Aktionsbündnis, zu Spenden für den Gedenkstein in Ziegenhals auf.

Das Spendenkonto des Aktionsbündnisses lautet:

Kontoinhaber:	Die Linke LDS
Kontonummer	3661 031 545
BLZ:	160 500 00
Bank:	Mittelbrandenburg. Sparkasse
IBAN:	DE78 1605 0000 3661 0315 45
Verwendungszweck:	Thälmann-Ziegenhals